

Zeitschrift: Wechselwirkung : Technik Naturwissenschaft Gesellschaft
Herausgeber: Wechselwirkung
Band: 3 (1981)
Heft: 9

Rubrik: Diskussion

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DISKUSSION

Schwerpunkte: der letzte und zukünftige

Ich möchte mich zu zwei Dingen äußern: zur weiteren Planung und zum Schwerpunkt in WW 8.

Weitere Planung: Ich weiß nicht genau, was beim Thema „China“ kommen kann, aber ich habe meine Zweifel, daß da für uns interessante neue Ansätze rüberkommen. Brisanter finde ich, mal all die Ansätze zur alternativen Wissenschaft und Technik aufzuarbeiten, wie sie im DGB als „arbeitnehmerorientierte Wissenschaft“ und bei einigen Wissenschaftsläden als „Betroffenenwissenschaft“ diskutiert werden. Also eine Wissenschaft mit Praxisbezug, mit Parteilichkeit, mit Einbeziehung der Betroffenen ohne Bevormundung. Allein in der BRD, in den Niederlanden und in Dänemark gibt es da so viele Ansätze und Beispiele, daß ein Heft darüber zur Verallgemeinerung und zum Austausch sicher nützlich wäre. Daneben gewinnt bei mir der Gedanke langsam Konturen, mit ähnlicher Zielsetzung seitens der Vereinigten Deutschen Studentenschaften mal einen Workshop „Alternativen in den Naturwissenschaften“ zu organisieren. Da könnte man doch was parallel und gemeinsam laufen lassen.

Zum Schwerpunkt in Heft 8: Da ich mich intensiv mit Alternativen zur jetzigen naturwissenschaftlichen Forschung befasste, war ich sehr gespannt auf „feministische Kritik an Naturwissenschaft und Technik“. Bei der Lektüre wurde ich dann doch etwas enttäuscht. Den Anspruch des Titels fand ich nicht eingelöst, da Kritik an und Alternativen zur jetzigen Wissenschaft und ihrer Handhabung weder neu noch spezifisch „weiblich“ sind. Wenn Uta Herz, Monika Gawol und Romy Klupsch den Anspruch erheben, alles grundsätzlich zu verstehen, so sehe ich diesen Anspruch auch bei sehr vielen Männern, die auch nicht mit dem geforderten Pauken Tausender von Einzelfakten klarkommen. Wenn sie die Fachsprache kritisieren, in der „die Männer sich (...) selbstverständlich bewegen konnten“, so halte ich das für eine Überschätzung der Männer. In meiner persönlichen Umgebung kommen auch viele Männer damit nicht klar. Anspruch und Kritik sind berechtigt – aber spezifisch feministisch?

Ingeborg Göbel u.a. kritisieren, daß oft nur an isolierten Objekten geforscht wird und das Gan-

von der Misere des Wissenschaftsbetriebs besonders betroffen. Nach Lektüre der Artikel in der *Wechselwirkung* erkenne ich leider keine spezifischen, neuen Ansätze. Vielleicht wäre es für alle nützlich, wenn die feministischen Wissenschaftskritikerinnen die Alternativen der Gewerkschaften und Bürgerinitiativen stärker aufnehmen und ihre Vorstellungen dort einbringen würden.

Reinhard Bohne, Hamburg

Die Frauen und die Grünen

Etwas muß ich doch loswerden, was die Marille Herrmann über das Verständnis der Grünen von Frauen, Erdverbundenheit u.ä. schreibt, ist ein ausgemachter Blödsinn. Entweder ist sie nicht informiert, hat keine Ahnung und schreibt trotzdem, was die Grünen denken, sagen schreiben, oder sie ist informiert und macht über solche Gerüchte und Scheinurteile eine eigene Politik (für wen?). Wenn sie sich informiert hätte, wüßte sie, daß es sicher Konservative in den Grünen gibt, daß diese aber nicht die Meinung der Grünen vertreten, was man zum Beispiel an dem mit großer Mehrheit akzeptierten Bundesprogramm der Grünen und in vielen Beiträgen von grünen Frauen bei z. g. Veranstaltungen immer wieder hören kann, wenn man die Ohren aufmacht. Ich muß schon sagen, daß ein Artikel für mich dann insgesamt sehr unglaublich wird, wenn so schlampig oder so gezielt falsch argumentiert wird. Das Bundesprogramm gibt's bei: Die Grünen, Bundesgeschäftsstelle, Friedrich-Ebert-Allee 120, 5300 Bonn – mit schönem Gruß an Marille.

Jutta Ditfurth, Frankfurt

Widmung oder Hilfsarbeit

Gehöre ich nun zum Heer der unterdrückten Frauen, die zugunsten ihrer Knechtschaft bis zum letzten Blutstropfen die Fußtritte ihrer Männer gegen sie selbst noch verteidigen? Bin ich so eine, wenn ich mich über das Zitat aus der Literaturliste von Dieter Garbrecht („Frauen als wissenschaftliche Hilfsarbeiter“, WW, Febr. '81) aufrege?

Was hat dieser alte Macho gemacht? Er hat in seinem Literaturverzeichnis sich selbst angegeben, also seine Geschichte, seine Betroffenheit, seinen Ingenieurstatus als Quelle für seine Thesen. Eine weitere Quelle war eben „seine Frau“. Die hat in der Tat eine ganze Menge dazu getan, daß Garbrecht dann so oder so gedacht und auch formuliert hat. Und viel Tee getrunken wurde dabei – weil vom Reden der Mund so trocken wird.

Daß ich sowohl in dieser Situation als auch bei dem, was ich beruflich mache, keine wissenschaftliche Hilfsarbeiterin für Dieter Garbrecht bin, war der Redaktion bekannt. Sie wollte also nicht mich verteidigen, sondern Dieter Garbrecht angreifen.

Und da fange ich dann an zu überlegen: Die Form der persönlichen Widmung unterscheidet sich ja tatsächlich wenig von dem Dank an aufopfernde Frauen, die Korrektur lesen, „geduldig“ sind oder „unermüdlichen Einsatz“ zeigen. Ich frage mich, warum ich nicht auf den Gedanken kommen würde, eine ähnliche Anmerkung zu schreiben. Die Antwort ist relativ einfach: Mann kann es sich leisten, Hilfestellungen von Frauen anzuerkennen und zu nennen, und seien es solche, die über Beziehungsarbeit und technische Hilfe hinausgehen. Frau aber würde öffentlich so etwas nicht zugeben, da eh vermu-

tet würde: Aha, aus der Ecke kommen die klugen Gedanken!

Die drei Photos auf der Seite zeigen ja nun genau solche Männer, die sicher mit der Geste: Ich bin ein Freund der Frauenbewegung! herumlaufen. Und weil sie das auch bewußt so fühlen, erwähnen sie überhaupt, daß Frauen bei der Herstellung ihres Produkts geholfen haben. Richtig, daß sie was auf den Hut kriegen, richtig, daß ihre Formulierungen infam sind – richtig aber auch, daß diese progressiven Männer, indem sie Frauen überhaupt vorkommen lassen als die normalerweise stummen Zulieferer, genau diese Rolle der Frauen unfreiwillig ins Bewußtsein heben.

Wenn ich ein Buch veröffentlichen würde, müßte ich schreiben: Ich danke meinem Mann, daß er mich in meiner wissenschaftlichen Arbeit nicht behindert hat. Geschlechterkampf auf der Widmungsebene? Da trinke ich lieber Tee – mit meinem Mann.

Annette Garbrecht, Berlin



Keineswegs realistisch

Hier einige Bemerkungen zu Rainer Brämer *Die typische Naturwissenschaftlerin – ein intelligentes Schreckgespenst? (Wechselwirkung, Nr. 8, Februar '81):*

1. Nicht „Naturwissenschaftler und Techniker“ setzen ihre Ergebnisse mit politisch-sozialer Ignoranz in die Welt, sondern Unternehmer bestimmen über die Ergebnisse der Arbeit von Naturwissenschaftlern und Technikern!

2. Haben die Teilnehmer der Befragung ein „Bild ihrer Wissenschaft“ oder ein Bild „von Naturwissenschaftlern“ entworfen? Das ist doch nicht das Gleiche!

3. Sind die „Charaktermerkmale von Naturwissenschaftlern“ „selbstzugeschrieben“, oder haben nicht vielmehr die befragten Studenten ein Bild der Naturwissenschaftler entworfen und Rainer Brämer hat sich ein Bild vom Bild gemacht? Er nimmt hier die Meinung von Menschen über die Psyche einer Berufsgruppe für die Psyche der Gruppe selbst. Wenn diese Vorgehensweise „typisch“ für Sozialwissenschaftler wäre (was ich nicht behaupfe!), könnte ich die Vorurteile einiger Elektrotechnik-Kommilitonen gegenüber Sozialwissenschaftlern verstehen.

4. Die Adjektive „unerottisch“, „geschlechtslos“ und „attraktiv“ erhalten ihren Sinn erst in Bezug auf einen Partner. Wenn 83% der Befragten (heterosexuelle) Männer sind, ist es eigentlich logisch, daß sie diese Eigenschaften nicht auf Männer projizieren, da diese gar keine potentiellen Partner sind. Rainer Brämer nennt dies „Ausfluß einer ausgeprägten Unsicherheit der männlichen Naturwissenschaftsstudenten“. An den Schluß meiner Bemerkungen zu Rainer Brämers „Einsichten in männliche Ansichten“ möchte ich ein leicht abgewandeltes Zitat aus dem Artikel stellen:

Daß es sich bei dieser Hochstilisierung der Naturwissenschaftler und Techniker zum Schreckgespenst der Intelligenzlerunft (?) keineswegs um eine realistische Typisierung, sondern lediglich um eine Projektion (Rainer Brämers) handelt, bedarf keines Beleges.

Gerald Schneider, Berlin



ze dabei verloren geht. Ihre Charakterisierung der deformierten Persönlichkeit ist für viele Wissenschaftler sehr treffend. Auch hier sehe ich aber wieder nichts Geschlechtsspezifisches. Gewerkschaften und Bürgerinitiativen äußern oft eine sehr ähnliche Kritik. Und im Vergleich zu den in der *Wechselwirkung* vorgestellten Handlungsmöglichkeiten sind deren Alternativen wohl weniger auf das Individuum bezogen, sie sind aber bei Realisierung von ungleich größerer Wirkung auf uns alle (Stichworte: arbeitnehmerorientierte Forschung, gewerkschaftliche Studienreform-Vorschläge, Wissenschaftsläden, Betroffenenwissenschaft, Arbeiter-Akademiker-Zusammenarbeit).

Zweifellos sind Frauen in Naturwissenschaft und Technik aufgrund ihrer Sozialisation und männlicher Vorurteile und Diskriminierungen

Forschungspolitik schlecht verkauft

Urbans Beitrag *Wie man Forschungspolitik verkauft – Die Doppelfunktion staatlicher Forschungspolitik*, WW v. Febr. 1981 (S. 36 ff.), fand sofort mein Interesse. Leider war ich nach der Lektüre enttäuscht, zum einen da Urban offenbar kaum Neues herausgefunden hatte (so sei zu seinen Ausführungen zur Entpolitisierung der Forschungspolitik auf Volker Ronges Beitrag im *Leviathan* von 1977 und zur Einschätzung einer Ökonomisierung der Forschungspolitik auf den Beitrag von Bruder/Ende vom Juli 1980 in der Beilage der Wochenzeitschrift *Das Parlament* und die dort weiter abgedruckten kritischen Stellungnahmen zum Bundesbericht Forschung VI hingewiesen), zum anderen da die Verpackung, die serviert wurde, zum Widerspruch auffordert, wenn man selbst auch dem vorliegenden letzten Bundesbericht Forschung VI nur sehr skeptisch gegenübersteht.

Dieser Bericht erschien 1979, nicht, wie auf S. 36 ausgeführt, 1980.

Er behauptet nicht – wie Urban ausführt – eine Neuorientierung in der Wissenschaftspolitik, sondern will die Grundsatzorientierung des Bundesberichtes Forschung V von 1975 fortwählen. Hier ist Urban offenbar ein erster gravierender Fehler in der Einschätzung unterlaufen. Das ändert teilweise nichts an seinen Ausführungen, da dieser Forschungsbericht, wie wohl auch seine Vorgänger, vor allem Vorzeigecharakter hat. In diesem Sinne kann man die von Urban zugewiesene Symbolfunktion noch erweitern:

Mit Hilfe der Forschungsberichte kann demonstriert werden, was die Bundesregierung alles an Forschung unternimmt, um der vielfältigen Probleme der Gegenwart Herr zu werden. Davor kann aber allenfalls in einem sehr eingeschränkten Maß die Rede sein.

Hier aber wundert es, wieso Urban sich z.B. nicht einmal genauer auseinandersetzt mit den Forschungen, die dem Schwerpunkt „Energie- und Rohstoffforschung“ zugewiesen sind. Hier ist z.B. interessant, wie Forschungsmittel für Kernfusionsprojekte den Mittelansatz für sog. alternative Energietechnologien in die Höhe treiben u.a.m.

Nun noch einige Fragen zu den einleitenden Bemerkungen von Urban, die mir nicht einleuchten wollen, da sie m.E. nicht mit Fakten übereinstimmen, auch einer Argumentationslogik entbehren, was bereits m.E. im Untertitel des Beitrags deutlich wird: Man kann wohl anhand der von Urban vorgelegten Gedanken, die sich auf eine Doppelfunktion der Forschungsberichte beziehen, nicht auf eine Doppelfunktion staatlicher Forschungspolitik schließen. Diese Typologie von Funktionen halte ich nicht für hinreichend. Hier aber wird es für die von Urban vorgetragene Argumentation offenbar problematisch, wenn er schreibt, daß er sich mit der symbolischen Funktion der Forschungsberichte befassen und dabei Interessen aufdecken wolle, die hinter staatlicher FuT-Politik stehen. Wenig später bereits spricht er von einem doppelten Strukturproblem von FuT-Politik in kapitalistischen Gesellschaften, woraus die Notwendigkeit zu symbolischer Vermittlung dieser Politik sich ergebe.

Schien es bei erster Lektüre schon, daß hier eher ideologisches Vorverständnis vor Analyse dominiert, so bestätigte sich der Eindruck nach einiger Reflexionszeit. So frage ich D. Urban, wie er die kerntechnische Förderung in sein Modell einordnen will, wo sich in den 50er Jahren kaum eine größere ökonomische Interessentenschar für deren Vorantreiben fand, wie er die

Markteinführungsbeihilfen des BMFT bewertet? Ob die Präsentation der FuT-Politik als „demokratisch“ zugleich ein Strukturproblem ist, wage ich zu bezweifeln, angesichts einer noch nicht gänzlich zerstörten Expertengläubigkeit in weiten Bevölkerungskreisen. Viel eher ließe sich heute immer noch eine These wagen, daß gerade die FuE-Politik nicht unter dem Legitimationszwang „demokratischer Willensbildung“ steht.

Um es abschließend zu verdeutlichen (denn ich bin mir bewußt, daß die wenigen Einwände und Anmerkungen nicht unbedingt ausreichen): Urban hat den Versuch unternommen, dem WW-Leserkreis aktuelle FuT-Politik ansatzweise vorzustellen und kritisch zu bewerten. Hätte er seinen Beitrag mehr der Darstellung und anschließender Kritik gewidmet, wäre er vielleicht fruchtbarer gewesen. Der vorgelegte Beitrag ist m.E. theoretisch nicht hinlänglich fundiert und bringt dem in der FuT-Politik nicht bewanderten Leser sicherlich nur sehr oberflächliche Information. Wichtig erscheint mir dagegen, daß sich WW mit diesem Problemkreis „FuT-Politik“ des Bundes und einiger Länder vielleicht etwas eingehender befaßt, denn – faßt man „politisch“ etwas weiter, als dies herkömmlicherweise getan wird – FuT-Politik ist durchaus politisch, nämlich in dem Sinne, daß durch Entwicklung bestimmter Techniken, die auf wissenschaftlichem Wissen fußen, bestimmte Strukturen geschaffen werden – sobald die Techniken einen breiteren Verwendungskreis finden (produktionsrelevant werden, wie es Urban ausdrückt) –, die soziale Zusammenhänge verändern. Die These ist sehr allgemein, doch dienen vielleicht folgende Bemerkungen einer Illustration:

Wenn weiter staatlich geförderte Forschung etwa von Physikern dominiert wird, werden z.B. biotechnologische Entwicklungen (die vielleicht näherliegende Ergebnisse hinsichtlich der Energieprobleme bieten könnten als etwa Fusionsforschung oder die Bemühungen um Ausschaltung der durch die Kernspaltungsenergie auftretenden Probleme) weitgehend vernachlässigt. Gerade die Kerntechnik eignet sich zur Illustrierung einer Außensteuerung von Wissenschaft. Solange Kernphysiker weiterforschen können auf einer der Forschungspolitik dominierenden Entwicklungsschiene, werden sie zwar sicherlich immer wieder neue Ergebnisse vorlegen, doch ob die von entsprechender (positiver) Bedeutung für die gesellschaftliche Entwicklung sind, wie mögliche Entwicklungen auf anderen wissenschaftlichen Entwicklungsschienen (deren Befahren wissenschaftspolitisch durch Außensteuerung möglicherweise einzuleiten wäre), kann hier allenfalls spekulativ bezweifelt werden.

Michael Heck, Saarbrücken

Verwunderlich

Wir finden es schon verwunderlich, daß die WW einen Pro-Atomkraft-Artikel abdruckt. Auch die Behauptung, daß die sentimentale polnische Reisereportage *An Don, Donau und Anderswo* beispielhaft für die publizistische Auseinandersetzung mit dem Thema Atomkraft in den Ländern des RGW sein soll, setzt uns in Erstaunen. Tatsache ist zwar, daß die Entscheidung für die forcierte Entwicklung der Kernenergie – vor allem im europäischen Teil der Sowjetunion – publizistisch am stärksten zur Geltung kommt, es ist aber nicht zu übersehen, daß es – wie es heute in der Sowjetunion umschrieben wird –

neben der „optimistischen“ – d.h. Pro-Kernenergie-Haltung – auch eine „pessimistische“ Position gibt. Sowohl innerhalb der Akademie der Wissenschaften der Sowjetunion als auch zwischen den RGW-Staaten finde eine recht heftige energiepolitische Diskussion über die zukünftige Rolle der Kernenergie statt. Hierbei geht es um Sicherheitsprobleme von Kernkraftwerken, um steigende Kosten, um die Verteilung der Kosten im RGW, um Deviseneinnahmen und Technologietransfer, um alternative energiepolitische Konzeptionen und Prioritäten und last not least um militärische Zusammenhänge wie Proliferation, Atomwaffenproduktion etc. In Diskussionsbeiträgen wird öffentlich eine wesentlich deutlichere Sprache gesprochen, als es in diesem wehmütigen Skeptizismus Rostockis zum Ausdruck kommt, der den Pro-Kernenergie-Argumenten von „Autoritäten“ nur hilflos Fragezeichen entgegensezt.

Lutz Mez
Ilka Nohara-Schnabel, Berlin

EDV im Geheimbereich

(...)

Euer Heft, Nr. 7 hat uns einen erneuten Anstoß zur Diskussion gegeben; ebenso das kürzlich in der *Transatlantik* veröffentlichte Interview Cobler/Herold sowie die diversen Nachrufe auf den angeblich amtsmüden Präs. der Polizei. Gerade das *Transatlantik*-Interview hat unserem Eindruck zufolge erstmals einem breiteren Spektrum innerhalb der Linken Denkanstöße gegeben, obwohl es gemessen an den allgemein zugänglichen Informationsquellen relativ wenig Neugkeiten enthält (z.B. Nettelbecks *Phantomas* im Verlag 2001).

Umso bedauerlicher fanden wir es, daß ihr euch, was die EDV des Geheimbereichs betrifft, lediglich mit einem knappen Literaturhinweis (Steinmüller/Kursbuch) begnügt habt und die Entwicklungen in diesem Sektor ansonsten nur am Rande, bzw. soweit es für die von euch ausgewählten Themenbereiche von Interesse war, erwähnt. Eine solche Auswahl finden wir insoweit problematisch, als ihr damit Gefahr lauft, a) die Frage der kybernetischen Form der Herrschaftsausübung auf ihren quantitativen, die Bedürfnisse des privaten Individuums tangierenden Aspekt zu reduzieren und ihre qualitative Seite – daß nämlich dort ein Instrumentarium zur elektronisch gesteuerten Gesellschaftsverplanung heranwächst – auszublenden; b) die Ursachen für eine solche Entwicklung allein auf der Ebene des „technischen Fortschritts“ zu suchen, den sich die Herrschenden bewußtlos zunutze machen, und nicht gleichzeitig auch auf der Ebene der politischen Entscheidung für ein bestimmtes „Überwachungsmodell“, das seine historischen Grundlagen nicht zuletzt in den „Kolonialkriegen“ hat; c) den Impuls, der gerade von den Sicherheitsapparaten in Hinblick auf eine Zusammenfassung der verschiedenen Datenbanken (Verbundsystem) ausgeht, weshalb denen u.E. eine besondere Aufmerksamkeit gebührt, runterfallen zu lassen.

Dies alles – und noch mehr – müßte genauer diskutiert werden, klar. Worum es uns geht, ist die Frage, ob ihr in der Nr. 7 nur einen Anfang seht, also weitere Nummern plant, in denen ihr euch mit dem Thema Datenverarbeitung auseinandersetzen wollt, oder ob ihr das Thema eurerseits zunächst für erschöpft haltet.

Thomas
Kampagne gegen das Modell BRD, Bochum

DISKUSSION

Humanisiert – angeschmiert

Das WW-Schwerpunkttheft *Humanisierung der Arbeit* (August 1980) – oder wie schaffe ich es, Diskussionen über die gesellschaftliche Rolle von „linken“ Wissenschaftlern unproduktiv zu führen.

WW will mit seinem Schwerpunkttheft zur „HdA“ helfen, „die Widersprüche zu bewältigen, in die wir geraten, wenn wir versuchen, unser kritisches Verständnis von Naturwissenschaft und Technik innerhalb unseres Berufes umzusetzen“ (S. 8). Dies ist in der Tat wichtig. Wenn WW aber die Auseinandersetzung mit der Funktion „linker“ Wissenschaft produktiv führen will, muß sie die vorhandenen Widersprüche auch beschreiben. Nur dann werden nicht nur die Grenzen, die veränderbar sind, sondern auch die Möglichkeiten deutlich, arbeitsorientierte Wissenschaft zu betreiben. Aussagen zur „HdA“, die lediglich konstatieren, „daß auch gutgemeinte Veränderungspläne sich unter dem Druck betrieblichen Effektivitätsdenkens ins Gegenteil verkehren“, „daß aus Humanisierung ... Rationalisierung (wird)“ (S. 8), erfassen die Ambivalenz der Mitarbeit in HdA-Projekten jedenfalls nicht. Zwar ist die heutige, staatlich geförderte „Humanisierung“ Rationalisierung, aber es macht für die Arbeitssituation der abhängig Beschäftigten schon einen Unterschied, ob sich die Rationalisierung etwa in Form von tayloristischer Arbeitszerlegung oder in Form von Arbeitsneustrukturierung, etwa durch „job enrichment“ oder „job enlargement“, vollzieht. Die Schaffung von Dispositionsspielräumen in der Arbeit durch Arbeitsneustrukturierung bedeutet nicht nur höhere Flexibilität der Arbeitenden, bezogen auf sich schnell verändernde Produktionserfordernisse, sondern eben auch die teilweise Wiederherstellung von durch tayloristische Arbeitszerlegung verloren gegangener Dispositionsmacht über Umfang und Art der Arbeitsleistung. – Wenn die WW es für notwendig hält, „daß gerade die vielen (?E.K.) Linken, die an Projekten beteiligt sind, ihr Engagement hinterfragen“ (S. 8), dann muß sie die Kriterien benennen, nach denen hier hinterfragt wird. Das von der WW benannte Kriterium einer „nachhaltigen Verbesserung“ (S. 8) der Lage der Lohnabhängigen läßt offen, was mit „nachhaltig“ gemeint ist. (Auch der Fragenkatalog (S. 31) erlaubt es nicht, „die Veränderungen durch HdA-Maßnahmen abzuschätzen“ (ebd.), denn es fehlen Kriterien, nach denen die Antworten bewertet werden sollen.) Oder sollte das Kriterium sein, daß „die Projekte in ihren Zielen und Vorgehensweisen so festgelegt sind, daß sie den Rahmen der gegebenen wirtschaftlichen Verhältnisse ... sprengen“ (S. 27)? – Das haben in der Tat bislang alle HdA-Bemühungen nicht vermocht. Aber auch die Durchsetzung des Achtstundentags, der 40-Stunden-Woche oder des Sechswochenurlaubs haben den Kapitalismus nicht „gesprengt“, dennoch nachhaltige Verbesserungen für die abhängig Beschäftigten gebracht. (...)

Die über HdA-Projekte durchgesetzten Veränderungen in den Arbeitsbedingungen sind deshalb situativ zu bewerten, d.h. aus der konkreten Arbeits- und Handlungssituation der betroffenen abhängig Beschäftigten und Wissenschaftler heraus. Erst die konkrete Analyse der (technisch-arbeitsorganisatorisch, aber vor allem mächt- und interessengesetzlich) möglichen und real durchgesetzten Verbesserungen läßt eine differenzierte Beurteilung von HdA-Maßnahmen zu.

In den WW-Artikeln werden die durchgesetzten Verbesserungen nur am Rande beschrieben;

eine Analyse, ob und unter welchen Bedingungen weitergehende Veränderungen durchsetzbar gewesen wären, unterbleibt. Das Schwerpunkt der Argumentation liegt auf dem Nachweis, daß HdA-Maßnahmen sich an den Kapitalinteressen brechen. Eine Darstellung, daß sich in diesen Maßnahmen zwar zunächst einmal historisch fortgeschrittene Formen einer ökonomischen Ausnutzung der Arbeitskraft, aber zugleich auch auf der inhaltlichen Seite des Produktionsprozesses „humanere“ Formen menschlicher Arbeit (Rückgängigmachen tayloristischer Arbeitsprinzipien, Förderung kooperativer Arbeitsbeziehungen usw.) verborgen, unterbleibt.

Ohnmacht der Gewerkschaften

Nur wenn diese Widersprüchlichkeit gesehen wird, ist erklärbar, warum zum Beispiel die Gewerkschaften trotz aller Kritik an den Rationalisierungsauswirkungen die staatliche HdA-Politik immer noch unterstützen. Diese Unterstützung ist nicht nur Ausfluß einer sozialpartnerschaftlichen „Stellvertreterpolitik“ (S. 26), sondern insbesondere auch Ergebnis der widersprüchlichen Folgen staatlich induzierter HdA-Politik. „HdA“ bedeutet eben nicht nur staatlich geförderte Rationalisierung, sondern eben immer auch Förderung von Rationalisierungsmaßnahmen, die zugleich die Arbeitsbedingungen der abhängig Beschäftigten zumindest partiell verbessern können.

Der Artikel von Anders untersucht zudem erst gar nicht die Möglichkeiten einer offensiven gewerkschaftlichen HdA-Politik. Er verzichtet auf eine Analyse des HdA-Bewußtseins und -motivation der Lohnabhängigen, sondern sieht die Ohnmacht der Gewerkschaften selbst verschuldet (S. 27), auch wenn er an anderer Stelle (S. 27 f.) konstatieren muß, „daß die Gewerkschaftsverbände nicht wegen der Arbeitsstrukturierungsprojekte zur Arbeitsniederlegung aufrufen können“. (...)

Das Peiner Projekt

Im folgenden will ich noch kurz auf die Kritik am Peiner Projekt eingehen, weil ich den Forschungsansatz von Fricke u.a. für besonders interessant halte.

Die WW-Autoren Herrmann u.a. formulieren in ihrer Auseinandersetzung mit dem Peiner Projekt, daß es sie vor allem „interessiert, ob die beteiligten Arbeiterinnen und Arbeiter während des Projektes befähigt wurden, sich weiterhin (? E.K.) energisch für die Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen einzusetzen“ (S. 19) (...). Der Aufsatz arbeitet dann einige problematische Punkte heraus, die nicht nur für das Peiner HdA-Projekt gelten:

- die hohe Summe staatlicher Fördermittel; (...)
- die dennoch fehlenden Sanktionsmittel (...);
- die alleinige Verfügungsgewalt der Unternehmen (...);
- die langjährige, über das Projektende hinausgehende Absicherung von HdA-Ergebnissen (...);
- die Schwierigkeit, arbeitsplatzorientierte Beteiligungsmodelle in das vorherrschende institutionelle System der Interessenvertretung (Betriebsrat, Gewerkschaft) zu integrieren.

Ihre Ausgangsfrage, ob eine Qualifizierung der Arbeitenden stattgefunden hat, beantworten sie nicht. Leider: gerade der Peiner HdA-Ansatz steht für eine Forschungsrichtung, die für „linken“ Wissenschaftler besonders interessant sein dürfte:

„Entwicklung und Begründung des ‚autonomie-orientierten‘ Qualifikationsansatzes durch Fricke /Fricke [zeigen] ganz deutlich das Bestreben, bildungspolitischen Handlungsspielraum auch un-

ter gegenwärtigen kapitalistischen Verhältnissen durch eine strategische Theorieformulierung zu gewinnen, die eine bewußte gesellschaftspolitische Normsetzung bereits zum Ausgangspunkt der Theoriekonstruktion macht.“*

Ich will (...) kurz die Forschungsrichtung skizzieren, für die das Projekt steht:

Einerseits stellt sich heute angesichts der Verschärfung der Verwertungsbedingungen des Kapitals nicht die Frage, ob Veränderungen im Produktionsprozeß stattfinden, sondern „in welchen Formen und mit welcher Reichweite“.* Andererseits sind Prognosen über die zukünftige Entwicklung der Arbeitsbedingungen und insbesondere der Qualifikationsanforderungen nur sehr schwer zu treffen, da die Entwicklung von Technik und Arbeitsorganisation ökonomischen und machtpolitischen Bedingungen unterworfen ist und nicht zielgerichtet erfolgt. (...)

Die Antwort von Fricke u.a. ist das Konzept „innovativer Qualifikationen“, das darauf abzielt, die Arbeitenden selbst für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu mobilisieren.*** HdA-Projekte haben dann die Funktion, die Autonomie der Arbeitenden zu fördern, ihnen Einflußchancen auf die Gestaltung ihrer Arbeitssituation aufzuzeigen. (...)

Die Arbeitenden selbst sind zunächst als die „Fachleute“ für die Gestaltung der Arbeitssituation anzusehen, nicht irgendwelche betriebsfernen Wissenschaftler. (...)

Aufgabe von HdA-Projekten ist es dann zu erforschen, wie die Arbeitenden im Betrieb qualifiziert werden können und welche innovativen Qualifikation die Einflußnahme auf den Veränderungsprozeß voraussetzt.

Dieser hier nur kurz skizzierten Zielsetzung diente u.a. das Peiner Projekt. Eine Auseinandersetzung mit dieser Forschungsrichtung unterbleibt in der WW, obwohl auch der Aufsatz von Herrmann u.a. deutlich macht, daß eine (in anderen Projekten nicht unbedingt übliche) Beteiligung der betroffenen Beschäftigten bei der Erarbeitung und Realisierung von Veränderungen und auch eine fachliche, innovative Qualifizierung der Arbeitenden stattgefunden hat. Die in der WW beschriebene Förderung von solidarischem Verhalten, die gemeinsame Durchführung von Lärmmessungen und gemeinsame Erarbeitung von Schutzmaßnahmen, das gemeinsame Entwerfen von ergonomischen Verbesserungen sind Maßnahmen, die unabhängig von der Durchsetzbarkeit der erarbeiteten Vorschläge den Arbeitenden zumindest eine Ahnung von dem in ihnen schlummernden, ungenutzten Qualifikationspotential und von den Möglichkeiten einer humanen Gestaltung der Arbeit vermittelt und damit den Mythos einer sich naturhaft entwickelnden Technik und Arbeiterorganisation „angekratzt“ haben dürfte. (...)

Aber auch der Forschungsansatz von Fricke u.a. hinterläßt eine Reihe von offenen Fragen:

1. Ist die Entwicklung „innovativer Qualifikationen“ nur durch eine Initialzündung von außen möglich? Das handelnde Subjekt in diesem Ansatz ist der Wissenschaftler, der dem vorhandenen, aber ungenutzten Qualifikationspotential der Arbeitenden zum Durchbruch verhilft.****
2. Wie groß sind die Handlungsspielräume zur Förderung „innovativer Qualifikationen“? (...)
3. Wie lassen sich die Vorstellungen zur Mitbestimmung am Arbeitsplatz (Beteiligungsmodell) in das herrschende System der Interessenvertretung integrieren? Das vorhandene System der Interessenvertretung sieht eine direkte Beteiligung der

- Arbeitenden nicht vor.
4. Können die Arbeitenden qualifiziert werden, gänzlich neue Technologien zu antizipieren? Ist eine Integration des Konzeptes „innovatorischer Qualifikation“ mit dem Konzept der „Mindestnormpolitik“ denkbar?
- Alternative Gestaltungsmöglichkeiten scheinen im Bereich der Arbeitsorganisation leichter möglich und vorstellbar zu sein. Die Arbeitsorganisation erweist sich im Vergleich zur Technik als leichter durchschaubar und veränderbar, so daß eine Einflußnahme eher durch die Formulierung von Mindestnormen vorstellbar ist, wobei die Mindeststandards im Rahmen des Beteiligungsmodells des Innovationskonzepts erarbeitet werden könnten.
5. Wie ist die Mitbestimmung der Arbeitenden über die betriebliche Nutzung ihrer innovatorischen Qualifikationen zu gewährleisten? Wenn nicht geregelt ist, wie Produktivitätsfortschritte zugunsten der abhängig Beschäftigten verteilt werden, kann sich das Konzept der „innovatorischen Qualifikationen“ leicht auf eine effektivere Form des – nun kollektiven – Verbesserungswesens (ähnlich des japanischen „quality circle“) reduzieren, deren Ergebnisse der Verfügung der Produzenten entzogen sind und sich damit durchaus gegen ihre eigenen Interessen richten können.

Literaturhinweis:

Fricke u.a.: Beteiligung und Qualifikation. Das Peiner Modell zur Humanisierung der Arbeit. Frankfurt 1981 (campus)

Egon Kutscher, Hamburg

- * Kärtner: Berufliche Sozialisation und gesellschaftlich-politische Handlungskompetenz, in: Zeitschrift für Pädagogik, Nr. 3 (1978).
- ** Vgl. Kern, Elastische Produktionsorganisation oder humanere Arbeitsbedingungen, in: Frankfurter Hefte 4/77, S. 63.
- *** Fricke: Arbeitsorganisation und Qualifikation, Bonn/Bad Godesberg 1975, S. 23.
- **** Vgl. Hoyer, Knuth: Neuere Arbeiten zur „Humanisierung“ der Arbeitsorganisation, in: Argument-Sonderband, AS 14.

Lieber Egon Kutscher,

Du kritisierst an dem Schwerpunktthema *Humanisiert – Angeschmiert*, daß wir die „Ambivalenz“ staatlicher Humanisierungspolitik nicht erfaßt hätten. Zwar hätten wir mit unserer Kritik, daß diese Art von Humanisierung doch nur auf Rationalisierung hinauslaufen würde, recht, jedoch sei dies nicht ausreichend, um diese Maßnahmen in ihrer Bedeutung für die Arbeitnehmer einzuschätzen.

Als besonders wichtigen Punkt in bezug auf Berücksichtigung von Arbeiterbedürfnissen bei der HdA-Rationalisierung benennst du die Zurückdrängung des Taylorismus. Mir sind aber keine HdA-Projekte bekannt, in denen die tragenden Prinzipien tayloristischer Arbeitsorganisation (insbesondere was die Trennung von Arbeitsplanung und Arbeitsausführung betrifft) in Frage gestellt wurden. Auch beim Peiner Projekt war diese Grenze nicht zu durchbrechen (vgl. S. 20 der WW, Nr. 6), obwohl für Fricke dies ursprünglich ein Hauptziel gewesen war. Du kritisierst, daß wir nicht ausreichend die Kriterien benannt hätten, die zu unserer ablehnenden Haltung gegenüber staatlicher Humanisierungspolitik geführt hat. Vielleicht haben wir wirklich nicht ausreichend deutlich gemacht,

was wir unter „nachhaltigen Verbesserungen“ verstehen. Aus meiner Sicht kann man von nachhaltiger Verbesserung sicher nicht sprechen, wenn nur einzelne mehr oder weniger wichtige Teilebereiche der Arbeit verändert/„humanisiert“ werden, es aber unklar bleibt, ob die neue Arbeitssituation sich insgesamt für die betroffenen Kollegen verbessert hat. Das Projekt bei Hoesch-Verdohl (auf das du leider nicht eingehst) sollte hier zu denken geben: Einige gießereitypische Belastungen sind leicht reduziert, einige ergonomische Verbesserungen wurden durchgeführt, aber die Situation hat sich insgesamt kaum verbessert, zumal Entscheidungsspielräume in der Arbeit eingeengt wurden.

Um angesichts solcher, leider nicht untypischer Projekte zu einer ambivalenten Einschätzung zu kommen, mußt du deinen Maßstab schon ganz schön reduzieren; hältst du es wirklich für ausreichend, wenn bei uneingeschränkter Gültigkeit privatwirtschaftlicher Rationalität (die ja die Ursache für die Inhumanität der Arbeit ist) einige sehr partielle Verbesserungen für die Kollegen rauspringen?

Es wäre sicherlich falsch, das staatliche Humanisierungsprogramm und alle Einzelmaßnahmen und -projekte nur unter dem Aspekt zu interpretieren, wie diese gegen die Arbeitnehmer gerichtet sind, ohne darauf zu sehen, ob und wo nicht auch positive Ansatzpunkte sind und unter welchen Voraussetzungen diese genutzt werden können.

Ich halte es z.B. für eine gute Sache, daß das HdA-Programm ein Projekt wie das von Fricke ermöglicht hat: Hier konnten die von inhumanen Arbeitsbedingungen betroffenen Kollegen anders als bei allen anderen HdA-Projekten selbst am Prozeß ihrer Verbesserungen beteiligt werden (in diesem Sinne kann ich auch deinen Ausführungen zur fortschrittlichen Programmatik des Frickeschen Ansatzes größtenteils zustimmen). An unserem Artikel kritisierst du in erster Linie, daß wir unsere Ausgangsfrage (werden die Beschäftigten – auch längerfristig – befähigt, ihre Interessen an verbesserten Arbeitsbedingungen zur Geltung zu bringen?) nicht beantworten. Das stimmt leider; aber dies war unvermeidlich, da wir keinen Kontakt zu den Kollegen herstellen durften bzw. konnten. Aber auch du drückst dich hier um eine Antwort, wenn du lediglich das Konzept von Fricke analysierst. Für uns war es die entscheidende Frage, was sich wirklich in Peine durchgesetzt hat.

Mit unserem Artikel haben wir auf einige kritische Punkte bei der Durchführung des Peiner-Projekts hingewiesen, die aber auch Frickes Konzept in Frage stellen. Arbeitsverbesserungen sollen im bestehenden betrieblichen Rahmen (das heißt bei Anerkennung einzelbetrieblicher Rationalität, Aufrechterhaltung von Hierarchie usw.) verfolgt werden. Ich meine aber, daß wirkliche Verbesserungen nur erreicht werden können, wenn die Kollegen an den Punkten aktiv werden, an denen sie sehen, daß ihre Interessen in diesem Rahmen nicht zur Geltung kommen.

Hier liegt meines Erachtens auch die entscheidende Schwäche im Konzept der „innovatorischen Qualifikationen“. Eine „Mobilisierung“ (von der du schreibst) im Sinne kämpferischen und konfliktbereiten Verhalten sieht Frickes Konzept nicht vor.

Aus diesen Überlegungen heraus bezweifeln wir, daß die Peiner Kollegen durch das Projekt besser befähigt wurden, ihr Interesse an anderen Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Dies ist aber keine endgültige Einschätzung; zu der kann man nur kommen, wenn man in einen offenen Diskussionsprozeß mit den Peiner Kollegen treten kann.

Rainer Meyer, Bonn

civil liberties and police

CILIP

informationsdienst:
bürgerrechte
und
polizei

Berichte — Nachrichten —
Analysen über:

- Polizei-entwicklung in den Ländern Westeuropas und Amerika
- Polizei im internationalen Vergleich
- Polizeirecht und Grundrechte
- Polizeihilfe für Länder der Dritten Welt
- Öffentliche Kontrolle der Polizei
- Bürgerrechtspolitik

Heft 8/81
Schwerpunkt

Polizeigewerkschaften



CILIP erscheint in der deutschen Ausgabe dreimal pro Jahr.

Preis pro Einzelheft:
DM 6,— plus Versandkosten

Abonnement:

Personen: DM 20,— incl. Versand
Institutionen: DM 30,— incl. Versand

Konto:

Postcheckkonto BlnW,
Sonderkonto CILIP, Th. v. Zabern
Nr. 2901-102

Anschrift:

VERLAG CILIP
Winklerstraße 4a, D-1000 Berlin 33